

Zürich, 4. Mai 2021

suissetec, Postfach, CH-8021 Zürich

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK  
Bundeshaus Nord  
3003 Bern

Unsere Referenz

Nicolas Spörri, MLaw, Rechtsanwalt  
+41 43 244 73 22  
nicolas.spoerri@suissetec.ch

Per E-Mail an: [vernehmlassungen@astra.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@astra.admin.ch)

## **Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility-Pricing: Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Unserem Verband gehören rund 3'500 Unternehmungen aus den Branchen Sanitär, Spenglerei/Gebäudehülle, Heizung, Klima/Kälte, Lüftung, Rohrleitungsbau/Werkleitungen sowie Solarinstallationen an. In diesen Unternehmungen bestehen rund 50'000 Arbeitsverhältnisse, wobei die Arbeitnehmenden unserer Hersteller-Lieferanten in dieser Zahl nicht enthalten sind.

suissetec nimmt zur Kenntnis, dass der Bund eine rechtliche Grundlage schaffen will, damit Pilotprojekte zu Mobility-Pricing durchgeführt werden können. Es ist unbestritten, dass die Verkehrsinfrastruktur insbesondere in den Ballungszentren an ihre Grenzen stösst. Ob Mobility-Pricing das richtige Mittel ist, um dieses Problem zu lösen, kann hier offengelassen werden. Durch die Möglichkeit von zeitlich begrenzten Pilotprojekten könnte dies nun zumindest empirisch untersucht werden.

Das Gewerbe im Allgemeinen und insbesondere die Handwerksbetriebe haben keine wirtschaftlich tragbare Alternative zum Individualverkehr, um mit den Gerätschaften, Werkzeugen und Produkten zu ihren Kunden zu gelangen. Mobility- bzw. Road-Pricing-Projekte dürften daher erheblich Nachteile für die genannten Betriebe zur Folge haben, zumal der Zugang zu gewissen Gebieten neu mit signifikanten Kosten verbunden wäre. Die Vorlage berücksichtigt das Fehlen einer Handlungsalternative des Gewerbes leider nicht. suissetec beantragt darum folgende **Ergänzung**:

**Das Gesetz nimmt die Fahrzeuge des Gewerbes von der Abgabepflicht aus.**

Durch diese Ergänzungen wird unseres Erachtens sichergestellt, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die KMU nicht verschlechtern und dadurch auch die Akzeptanz der Vorlage in Politik und Wirtschaft gestärkt wird.

# WIR, DIE GEBÄUDETECHNIKER

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitten um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Christoph Schaar  
Direktor



Nicolas Spörri  
Mitarbeiter Recht und Politik